



Stellungnahme

des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss Aus- und Fortbildung

**zum Referentenentwurf des Bundesministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz zur
Änderung des § 5a Deutsches Richtergesetz
(DRiG) – Implementierung des Themas NS-Unrecht
in die juristische Ausbildung**

Stellungnahme Nr.: 16/2021

Berlin, im Februar 2021

Mitglieder des Ausschusses

- Rechtsanwältin Sabine Gries-Redeker, Bonn
(Vorsitzende und Berichterstatterin)
- Rechtsanwältin Ulrike Gantert, Karlsruhe
- Rechtsanwalt Detlev Heyder, Freiburg
- Rechtsanwältin Dorela Kress, Esslingen am Neckar
- Rechtsanwalt Dr. Rainer Markfort, Berlin
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Joachim Schrey, Frankfurt am Main
- Rechtsanwalt Dr. Thilo Wagner, Ravensburg

Zuständig in der DAV-Geschäftsstelle

- Rechtsanwältin Bettina Bachmann
- Rechtsanwältin Catharina Rabenschlag

Deutscher Anwaltverein

Littenstraße 11, 10179 Berlin
Tel.: +49 30 726152-0
Fax: +49 30 726152-190
E-Mail: dav@anwaltverein.de

Büro Brüssel

Rue Joseph II 40, Boîte 7B
1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28028-12
Fax: +32 2 28028-13
E-Mail: bruessel@eu.anwaltverein.de
EU-Transparenz-Registernummer:
87980341522-66

Verteiler

- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- Justizministerien und Justizsenatsverwaltungen der Länder
- Justizprüfungsämter der Länder
- Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
- Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien
- Arbeitskreise Recht der Fraktionen im Bundestag
- Deutscher Juristentag
- Deutscher Juristinnenbund
- Deutscher Juristen-Fakultätentag
- Deutscher Richterbund
- Deutscher Beamtenbund
- Vorstand und Geschäftsführung des DAV
- Vorsitzende der Landesverbände des DAV
- Vorsitzende der Gesetzgebungsausschüsse des DAV
- Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des DAV
- Mitglieder des Ausschusses Aus- und Fortbildung
- Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des FORUM Junge Anwaltschaft
- Neue Richtervereinigung
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Bundesverband der Freien Berufe
- Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften
- Bund studentischer Rechtsberater
- Bundesverband der Unternehmensjuristen
- Dekane der juristischen Fakultäten der Universitäten
- ELSA-Deutschland
- Ver.di Bundesverwaltung Bundesarbeitskreis Richter*innen und Staatsanwält*innen
- Zentralrat der Juden in Deutschland
- Redaktion NJW
- Redaktion JuS
- Redaktion LTO
- Redaktion Juristenzeitung

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV versammelt mehr als 62.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Anwaltsnotarinnen und Anwaltsnotare, die in 252 lokalen Anwaltvereinen im In- und Ausland organisiert sind. Er vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Der Deutsche Anwaltverein begrüßt ausdrücklich die vorgesehene Änderung in § 5 a Abs. 2 Satz 3 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) und die Neufassung des Abs. 3 Satz 1.

Diese Änderungen werden als längst überfällig angesehen. Um allerdings auch der in der Begründung hervorgehobenen Zielsetzung, die zukünftigen Juristinnen und Juristen sensibel für die heutigen und die in Zukunft anstehenden ethischen Herausforderungen zu machen, gerecht zu werden, wäre es angebracht, nicht nur auf das NS-Unrecht zu verweisen, sondern auch heute und künftig drohende Gefahren zu benennen. Immer wieder keimen in der Gesellschaft Haltungen und Verhaltensweisen auf, die von Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hetze gegen andere und verleumderischen Verschwörungsmymen geprägt sind. Sie sind Angriffe auf die grundrechtsstaatliche Basis. Hierfür müssen Juristinnen und Juristen ein Bewusstsein haben.

Es wäre daher wünschenswert, § 5a Abs. 2 Satz 3 DRiG wie folgt zu formulieren:

„die Vermittlung der Pflichtfächer erfolgt auch in der Auseinandersetzung mit dem NS-Unrecht und darauf aufbauend zugleich in der Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien und deren Mechanismen und Ausdrucksformen, insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und/oder verleumderische Hetze.“